

Juli 2019

Länderbericht

Programm Nordische Länder

Finnlands EU-Ratspräsidentschaft

Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit im Fokus der Finnen

Jason Chumtong, Elisabeth Bauer

Seit dem 1. Juli 2019 hat Finnland den Vorsitz des Rates der Europäischen Union inne. Das zweite politische Halbjahr Europas bekommt damit eine grüne Agenda. Das auf 17 Seiten ausformulierte Programm der Finnen präsentiert sich unter dem Titel „Sustainable Europe – Sustainable Future“ und beinhaltet neben dem Aufruf, den Platz des internationalen Vorreiters im Klimaschutz einzunehmen, die nachhaltige Stärkung der Eurozone als inklusive und stetig wachsende Markt- und Handelsgemeinschaft sowie eine deutliche Positionierung Europas als geeinter Akteur bei sicherheitspolitischen Maßnahmen und Auseinandersetzungen.

Ministerpräsident Rinne erinnert an Grundwerte der Europäischen Union

In der Begrüßungsrede vor dem Europäischen Parlament beginnt der finnische Ministerpräsident Antti Rinne (SDP) mit einer deutlichen Botschaft, die Erhaltung des Friedens als institutionelles Fundament der Union sichtbar aufrechtzuhalten. Der Europäische Kontinent, so Rinne, sei sich selbst das beste Beispiel jener politischen Mentalität, die das Verteidigen und Vertreten von Menschenrechten und internationalem Frieden nutze, um die eigene grausame Kriegsvergangenheit zu überwinden. Dabei erinnert Rinne an den 2012 verliehenen Friedensnobelpreis an die Europäische Union und mahnt, diesen nicht nur als Wertschätzung einer historischen Leistung anzuerkennen, sondern auch als Verantwortungspflicht, den gemeinsamen Frieden für die Zukunft weiter zu wahren.

Populismus und Extremismus bekämen in der politischen Landschaft Europas immer mehr Platz sich zu artikulieren und nur eine gemeinschaftliche Lösungsfindung könne dem entgegenwirken. Themen wie Migration, steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Ungleichheit steuern zu dieser Entwicklung bei und nur die Kooperation mit allen Mitgliedern könne wirkungsvolle Lösungen hervorbringen. Auch mit Blick auf Großbritanniens Austritt aus der EU sieht Rinne die europäische Einheit im Test, die aktuellen komplexen Probleme nicht im Alleingang zu lösen. Aus diesem Grund setzt die begonnene Ratspräsidentschaft

Finlands deutliche Ziele zur Bekämpfung von gemeinsamen Herausforderungen, mit dem klarem Ziel, diese nachhaltig zu überwinden. Vier wesentliche Punkte zählt der Ministerpräsident dabei auf:

- › die Stärkung der EU als globaler Vorreiter im Klimaschutz;
- › die Stärkung gemeinsamer Werte und der Rechtsstaatlichkeit;
- › die Gestaltung der EU als kompetitiver und sozial inklusiver Raum;
- › die Gewährleistung eines umfassenden Schutzes der Bürger.

Das Programm

1. Wirtschaft

Ähnlich zur Rede von Rinne liest sich das Programm Finnlands für die Ratspräsidentschaft. Angefangen bei der ökonomischen Zukunft Europas, findet sich hier zunächst die Warnung, dass das wirtschaftliche Wachstum nur noch langsam voranschreitet und als Gegenmaßnahme ein kompetitiver, aber auch sozial inklusiver Wirtschaftsraum dienen kann. Der EU-Binnenmarkt ist und bleibt unter den größten ökonomischen Güterausläufern, dennoch müsse die kontinuierliche Effizienz des Marktes durch die Hinzunahme von Arbeitnehmerabsicherung weiter gestärkt werden. Spezifisch erwähnt das Programm an diesen Punkt die neu gegründete

Europäische Arbeitsmarktbehörde (ELA), der hierbei eine Schlüsselrolle zukommen soll.

Des Weiteren ruft das Programm das übergeordnete Ziel auf, Europa als führende Rolle im Bereich der digitalen Ökonomie festzusetzen. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, die erfolgreiche Umsetzung von Digitalisierung und die effektive Ausschöpfung von Datenmengen sind essentielle Voraussetzungen für die europäische Wirtschaft, um die eigene Konkurrenzfähigkeit zu gewährleisten. Gleichzeitig ist die erfolgreiche Umsetzung dieses technologischen Wandels notwendig, um den europäischen Bürgerinnen und Bürgern auf langer Sicht Produktivität, Wachstum und Beschäftigung anzubieten. Bei letzterem stellt das Programm hervor, dass gerade durch die Zunahme an technologischen Innovationen in der Wirtschaft der Bedarf nach spezialisierten Arbeitskräften steigt. Diesbezügliche Prognosen deuten jedoch eine Knappheit an Fachkräften an. Daher spricht sich das Programm für die gezielte Förderung von Ausbildungen innerhalb der technologischen Transformation aus. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten zur Bildungsmobilität, wie das ERASMUS+-Programm, für mehr europäischen Wissensaustausch gestärkt werden.

2. Klima

In Anlehnung an das Pariser Klimaabkommen widmet sich das Programm in einem zweiten Punkt der Etablierung Europas als globalen Vorreiter im Klimaschutz. Finnland betrachtet den aktuellen Erwärmungsprozess des Klimas als kritisch und plant daher, an dessen Reduzierung auf 1,5 Grad Celsius festzuhalten. Als Orientierungspunkte für eine effektive Umsetzung sollen die vereinbarten Zielsetzungen aus Paris dienen. Darüber hinaus müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten als geeinter Akteur auftreten, um negativen Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken. Nicht zuletzt wäre auch der wirtschaftliche Raum Europa davon betroffen. Die Förderung des Wachstums und der europäischen Konkurrenzfähigkeit stehen nicht konträr zu Maßnahmen für den Klimaschutz, sondern gehen damit einher. Bis zum Ende der Amtszeit im Dezember stellt sich Finnland daher die Aufgabe, eine Einigung mit den europäischen

Akteuren zu erzielen, welche konkrete Vorkehrungen zur europaweiten Klimaneutralität bis 2050 anstreben. Die finnische Regierung verfolgt derzeit die Strategie der eigenen nationalen Klimaneutralität bis 2035.

Im Programmtext heißt es weiter, dass sich Finnland während seiner EU-Ratspräsidentschaft im Zuge der Klimapolitik insbesondere auf die langfristige Strategie der Kommission „A Clean Planet for all – A European strategic long-term vision for a prosperous, modern, competitive and climate neutral economy“ stützt. Damit einher geht die Überzeugung, dass in allen Sektoren die Integration von Klimaschutzrichtlinien wichtig ist. Eine entscheidende Rolle sollte jedoch die Umstellung der Wirtschaft in Richtung grüne Ökonomie spielen, mit dem Fokus auf regenerative Abläufe bei Ressourceneinsatz und Abfallproduktion. Es sei hierbei auch im strategischen Interesse der Ökonomie, Aspekte wie sauberes Wasser und Essen sowie nachhaltige Landwirtschaft und Forstwirtschaft zu unterstützen. Aus diesem Grund wird Finnland neben der Förderung einer klimaresponsiven und modernen Landwirtschaftspolitik verstärkt darauf achten, Maßnahmen der UN-Konvention zur Biodiversität zu integrieren.

3. Sicherheit

Ein drittes Kernthema des Programms behandelt Aspekte der Sicherheit und des Schutzes der europäischen Bürger. Die Auswirkungen der Konflikte in den benachbarten Regionen sind in Europa unlängst für die eigene Bevölkerung spürbar und nachvollziehbar zurückzuführen auf Verletzungen des internationalen Rechts und der Menschenrechte, ebenso wie die Konsequenzen des Klimawandels. Um Europa nachhaltig zu schützen, müssen die Mitgliedsstaaten gemeinsam die Gefahren von morgen antizipieren und dabei Gebrauch von allen vorhandenen Instrumenten für effektive Gegenmaßnahmen machen. Besonderes Augenmerk legt das Programm dabei auf Europas Funktion als einflussreicher Akteur bei der Gestaltung der Weltpolitik, mit den Vereinten Nationen als Kern der Verhandlungsbühne. Als Beispiel hierfür erwähnt das Programm die Möglichkeit, den afrikanischen Kontinent als Hauptpartner für nachhaltige Investitionen auf-

zubauen. Somit soll auch die EU-Afrika-Beziehung als produktiver Ausgangspunkt für wirtschaftliche und sicherheitspolitische Stabilität für beide Regionen dienen. Über Maßnahmen außerhalb der eigenen geographischen Grenzen könne der Schutz der Europäischen Bürger nachhaltig gewährleistet werden.

Weitere Aspekte des Programms erklären neben der transatlantischen Beziehung zu den USA als Eckpfeiler europäischer Sicherheit, den Fokus während der finnischen Ratspräsidentschaft auf eine reflektierte Chinastrategie sowie eine einheitliche und konsequente Fortführung der Haltung gegenüber Russland. Nächstem sei es für Europas Sicherheit essentiell, ein vertieftes Verständnis darüber aufzubauen, hybride Kriegsführung und Cyberattacken abzufangen und die europäische Gesellschaft vor den negativen Folgen von Desinformation zu verteidigen. Als wichtigste Kooperationsgrundlage dient hierbei weiterhin die EU-NATO-Beziehung. Als konkrete Maßnahme plant Finnland für die kommenden sechs Monate die Organisation von szenario-spezifischen Diskussionen auf verschiedenen politischen Ebenen. Der digitale Wandel, wie beispielsweise die Adaption des 5G-Netzes, bietet großes wirtschaftliches Potenzial. Zugleich projiziert diese junge technologische Transformation auch eine Angriffsfläche für feindselige Attacken auf die Sicherheit der europäischen Bürger. Diese Risiken zu minimieren und gleichzeitig Stabilität innerhalb der internationalen Beziehungen auf-

rechtzuerhalten, stellt eine weitere Priorität während des finnischen Vorsitzes.

Ausblick

Die finnische Regierung versucht für ihre EU-Ratspräsidentschaft, die von Juli bis Dezember 2019 andauert, den Leitgedanken der Nachhaltigkeit programmatisch umzusetzen. Der Klimaschutz bildet dabei den roten Faden und findet sich bei allen Kernthemen im Programmtext wieder. Auffällig ist dabei das ambitionierte Ziel, innerhalb der kommenden sechs Monate eine einheitliche europäische Vereinbarung zu erzielen, die eine Zusicherung der Klimaneutralität aller EU-Mitgliedsstaaten bis 2050 kommuniziert. Mit Polen und Tschechien beispielsweise, finden sich jedoch bereits zwei Staaten, die genau diese zeitlich datierte Verbindlichkeit ablehnen. Aber auch das eigene nationale Vorhaben einer finnischen Klimaneutralität bis 2035 entwickelt sich nicht ohne möglichen Widerstand. Mit der rechtspopulistischen Partei „Die Finnen“ als zweitstärkste Kraft im Parlament, gibt es Kritiker der grünen Regierungsagenda mit realistischen Einflussmöglichkeiten. Des Weiteren wird auch die Übergangsphase zwischen alter und neuer EU-Kommission den Verlauf der Ratspräsidentschaft und die Realisierung ihrer Ziele prägen. Als besonderer Faktor kommt zusätzlich der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union hinzu.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Elisabeth Bauer
Leiterin Programm Nordische Länder
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/nordische

elisabeth.bauer@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)